

08.12.2022
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Unterrichtswesen

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR EINRICHTUNG EINES FONDS FÜR STIPENDIEN AN
AUSZUBILDENDE, STUDIERENDE UND SCHÜLER IN MANGELBERUFEN**

INHALTSANGABE

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, soll ein innovatives Stipendiensystem für Auszubildende in der dualen mittelständischen Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, für Studierende an einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Hochschuleinrichtung und für Schüler des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts, die einen Mangelberuf erlernen, eingeführt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	6
Vorentwurf	14

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, möchte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf eine Kombination aus mehreren Maßnahmen setzen. Ein wichtiger Meilenstein ist die Einführung eines innovativen Stipendiensystems, das nach dem Vorbild von Südtirol und einigen österreichischen Bundesländer konzipiert wurde.

Durch die Einführung eines Stipendiensystems sollen mehr Kandidaten für ein Studium oder eine Ausbildung in sogenannten Mangelberufen gewonnen und gleichzeitig an den Standort Ostbelgien gebunden werden.

Die Mangelberufe werden jährlich aufgrund einer Analyse des Arbeitsamtes vom für Beschäftigung zuständigen Minister festgelegt. Zu diesen Mangelberufen gehören insbesondere der Lehrerberuf sowie Pflege- und handwerkliche Berufe.

Im Rahmen des vorliegenden Stipendiensystems wird die Regierung künftig jährlich eine Liste veröffentlichen mit den Studiengängen, Ausbildungsprogramme und Studienrichtungen des Regelsekundarschulwesens, die auf einen Mangelberuf vorbereiten und somit zum Erhalt eines Stipendiums berechtigen.

Der Erhalt eines Stipendiums hat keinen Einfluss auf das Anrecht auf Studienbeihilfen in Anwendung des Dekrets vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen.

Die Ausarbeitung des neuen Stipendiensystems wurde in drei Phasen geplant, wobei Phase eins und drei in diesem Dekretvorentwurf zusammen ausgearbeitet wurden:

1. Einführung eines neuen Stipendiensystems zu Beginn des Studienjahres 2023-2024 für Studierende in einem Mangelberuf an einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Hochschuleinrichtung;
2. Ausweitung des Stipendiensystems auf alle Mangelberufe im akademischen Bereich, wie z. B. Mediziner;
3. Ausweitung des Stipendiensystems auf alle Mangelberufe in der dualen Ausbildung für Lehrlinge.

Die Regierung schlägt vor, einen Haushaltsfonds zu schaffen. Über diesen Fonds kann Auszubildenden oder Studierenden, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen und mit dem Ziel des Erhalts eines Gesellenbriefs, eines Praktikerzertifikates, eines Brevets oder eines Bachelor-Diploms an einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Hochschuleinrichtung eingeschrieben sind oder über das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM) einen Ausbildungsvertrag mit einem anerkannten Ausbildungsbetrieb in der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgeschlossen haben, unter bestimmten Bedingungen ein Stipendium gewährt werden.

Außerdem schlägt die Regierung vor, dass auch die Schüler, die regulär zum siebten Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts eingeschrieben sind und einer Studienrichtung in einem Mangelberuf folgen, das Stipendium beantragen können. Somit wird eine ungleiche Behandlung zwischen der mittelständischen Lehrlingsausbildung und dem berufsbildenden Sekundarunterricht vermieden.

In Anlehnung an das System der Mindestentschädigung für Lehrlinge schlägt die Regierung vor, die Höhe des Stipendiums auf eine monatliche Zahlung von 350 Euro für die

gesamte Dauer der Regelstudienzeit bzw. der Regeldauer des Lehrvertrags festzulegen. Eine maximale Verlängerung von einem Jahr ist jedoch möglich.

Studierende im ersten Studienjahr, Auszubildende im ersten Lehrjahr und Schüler des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts sollen ab dem Monat September Anrecht auf das Stipendium bekommen, nicht ab dem 1. Juli. Wird ein Ausbildungsvertrag nach dem 1. September abgeschlossen oder schreibt ein Studierender oder ein Schüler sich erst nach dem 1. September ein, entsteht das Anrecht erst ab dem Monat, der dem Monat folgt, in dem der Vertrag abgeschlossen wurde bzw. in dem der Studierender oder Schüler sich eingeschrieben hat.

Im Falle der Lehrlingsausbildung und der dualen Bachelorstudiengänge kann die Entschädigung, die der Ausbildungsbetrieb den Auszubildenden zahlt, mit dem Stipendium kumuliert werden. Auch der Start- und Praktikumsbonus für Lehrlinge, der über den Königlichen Erlass vom 1. September 2006 geregelt ist, ist mit dem Stipendium kumulierbar, insofern der Lehrling eine Ausbildung in einem Mangelberuf macht.

Die Regierung schlägt vor, dass das erhaltene Stipendium nicht zurückgezahlt werden muss, wenn die Stipendienempfänger in einem Zeitraum von zehn Jahren nach Abschluss ihres Studiums oder ihrer Ausbildung während mindestens fünf Jahren mindestens einer halbszeitigen Beschäftigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachgehen. Die Idee dahinter ist, dass die Stipendienempfänger die Vorzüge einer Arbeitsstelle in unserer Gemeinschaft kennenlernen und dadurch auch nach Ablauf der verpflichtenden Dauer dem Arbeitsmarkt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung stehen werden.

Für Studierende oder Auszubildende, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Dekretes bereits mit einem Studium oder einer Ausbildung in einem Mangelberuf begonnen haben und sich beim ersten Stipendienantrag im akademischen Jahr bzw. Ausbildungsjahr 2023-2024 mindestens im zweiten Studien- oder Ausbildungsjahr befinden, schlägt die Regierung vor, eine Übergangsregelung vorzusehen, die die o. e. Dauer auf drei Jahre reduziert.

Die finanziellen Auswirkungen für die Stipendienempfänger sind erheblich. Dies kann vermehrt Minderjährige, die noch unsicher sind im Hinblick auf ihren beruflichen Werdegang, unter Druck setzen und ggf. dazu führen, dass sie in einem Studiengang, einer Ausbildung oder einer Studienrichtung des Regelsekundarschulwesens bleiben, obschon dieser bzw. diese nicht passend ist. Deshalb schlägt die Regierung vor, aus deontologischen Gründen die Schulpflichtigen vom Stipendiensystem auszuschließen.

Um den Anreiz für jüngere Lehrlinge, sich in einem Mangelberuf ausbilden zu lassen, weiter zu steigern, möchte die Regierung zudem den Start- und Praktikumsbonus erhöhen. Diese Anpassung des Königlichen Erlasses vom 1. September 2006 über den Start- und den Praktikumsbonus wird nach Verabschiedung des vorliegenden Dekrets per Erlass der Regierung vorgenommen.

Aufgrund unserer demographischen Entwicklung sind wir auf Zuwanderung angewiesen. Deshalb ist dieses Stipendiensystem für alle EU-Bürger und bestimmte Nicht-EU-Bürger zugänglich, die an einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft studieren oder eine mittelständische Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft absolvieren möchten, insofern sie die jeweiligen Zulassungsbedingungen erfüllen.

Die genauen Modalitäten für den Erhalt dieses Stipendiums werden nach Verabschiedung des vorliegenden Dekrets per Erlass der Regierung festgelegt.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretvorentwurfs und sorgt für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Der unter Punkt 3 beschriebene Begriff „Studiengang“ umfasst momentan folgende Erstausbildungen:

- Brevet des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts, Studienbereich: Krankenpflege;
- Bachelor in Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften;
- Bachelor in Bildungswissenschaften (Primarschullehrer/in);
- Bachelor in Bildungswissenschaften (Kindergärtner/in);
- Brückenstudium vom Kindergärtner zum Primarschullehrer;
- Brückenstudium Plus für Quereinsteiger;
- dualer Bachelor in den Studienbereichen Buchhaltung, Finanz- und Verwaltungswissenschaften sowie Public and Business Administration.

Artikel 2

Durch §1 wird ein Fonds eingerichtet, damit Studierende an einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Hochschuleinrichtung, Schüler des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Auszubildende, die über das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM) einen Ausbildungsvertrag mit einem anerkannten Ausbildungsbetrieb in der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgeschlossen haben, die Möglichkeit erhalten, ein Stipendium zu beantragen.

In §2 wird geklärt, dass der Fonds durch die Globaldotation des Einnahmenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, durch Einnahmen aus Rückzahlungen oder Rückforderungen von zu Unrecht ausgezahlten Beträgen und durch Einnahmen aus Schenkungen oder Legaten gespeist wird.

§3 präzisiert, dass der Fonds eingerichtet wird, um Stipendien in Form von persönlichen, nicht übertragbaren zinslosen Darlehen an Studierende und Auszubildende auszus zahlen. Darüber hinaus wird die Regierung bevollmächtigt, den Betrag des Stipendiums, der mindestens der Mindestentschädigung für Lehrlinge entsprechen muss, sowie die Indexierungsmodalitäten festzulegen.

Artikel 3

Dieser Artikel bestimmt den Anwendungsbereich des vorliegenden Dekretvorentwurfs.

Personen haben Anrecht auf das Stipendium, wenn sie einen Studiengang, ein siebtes Jahr des berufsbildenden Regelsekundarunterrichts oder eine Lehre absolvieren, der bzw. die auf die Ausübung eines Mangelberufs vorbereitet. Um die Liste der Mangelberufe, die vom für Beschäftigung zuständigen Minister auf Vorschlag des Arbeitsamts festgelegt wird, mit konkreten Studiengängen und Ausbildungen verknüpfen zu können, legt die Regierung auf Vorschlag des zuständigen Bildungsministers künftig jährlich die Liste der Studiengänge, Studienrichtungen des Regelsekundarschulwesens und Lehrprogrammen fest, die auf die Ausübung einen Mangelberuf vorbereiten. Für alle Studiengänge und Ausbildungen, die auf dieser Liste enthalten sein werden, kann ein Stipendium beantragt werden.

Das Stipendium wird für die Regelstudienzeit bzw. die Regeldauer der Lehre gewährt, und für die Schüler im siebten Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts. Für die Schüler des siebten Jahres versteht man unter Regelstudienzeit lediglich das siebte Jahr, wobei die vorherige Schulkarriere nicht berücksichtigt wird. Die Dauer des Bezugs des Stipendiums kann um maximal einem Jahr verlängert werden. Studierende, Lehrlinge und Schüler verfügen also über ein Zusatzjahr, das zum Beispiel für eine Wiederholung oder für einen Wechsel zu einer besser passenden Lehre dienen kann.

§1 Nummer 3 bestimmt, dass Anrecht auf ein Stipendium besteht, wenn der gewählte Studiengang, die gewählte Studienrichtung des Regelsekundarschulwesens oder die gewählte Ausbildung zum Zeitpunkt der Antragstellung auf der oben genannten Liste steht. Dieses Anrecht bleibt bestehen für die gesamte Regelstudienzeit oder Regeldauer des Lehrvertrags oder bis zum Abschluss des siebten Jahrs des berufsbildenden Sekundarunterrichts, auch wenn dieser Studiengang, diese Studienrichtung des Regelsekundarschulwesens bzw. dieses Ausbildungsprogramm in einem Folgejahr von der oben genannten Liste gestrichen werden würde.

Die finanziellen Auswirkungen, die Stipendienempfänger auf sich nehmen, sind erheblich. Dies kann Minderjährige, die noch unsicher sind im Hinblick auf ihren beruflichen Werdegang, unter Druck setzen. Aus deontologischen Gründen werden deshalb Schulpflichtige vom Stipendiensystem ausgeschlossen.

Ausdrücklich ausgeschlossen sind auch die freien Schüler, die für die theoretischen Kursen für die Lehre und zu den dualen Bachelorstudiengängen zugelassen werden und den praktischen Teil im Rahmen eines Arbeitsvertrags absolvieren, da viele dieser freien Schüler mit einem Arbeitsvertrag im Ausland beschäftigt sind.

Auch freie Schüler im Regelsekundar- und Hochschulwesen sind ausgeschlossen, da sie kein Diplom erhalten können. Sie können die Ausbildung daher nicht erfolgreich abschließen und müssten das Stipendium folglich zurückzahlen.

Um Schwankungen bei den Mangelberufen und die damit resultierenden Probleme der Ausübung des erlernten Berufs zu vermeiden, ist es nicht erforderlich, nach Abschluss des Studiums, der Studienrichtung oder der Lehre in diesem Mangelberuf tätig zu werden. Es muss mindestens eine Halbzeitbeschäftigung nachgewiesen werden, unabhängig vom ausgeübten Beruf.

Artikel 4

Dieser Artikel präzisiert die zeitlichen Vorgaben für das Einreichen des Antrags sowie für die endgültige diesbezügliche Entscheidung der Regierung.

Das Stipendium muss jährlich beantragt werden. Dadurch wird eine gewisse Kontrolle durch die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährleistet.

Einschreibefrist an der Autonomen Hochschule Ostbelgien und im Sekundarschulwesen ist der 30. September; Lehrverträge können bis zum 31. Oktober abgeschlossen werden. Die Frist für das Einreichen des Antrags wird auf den 15. November gelegt, damit nach Ende der Lehrvertragsperiode noch Anträge auf ein Stipendium eingereicht werden können.

Es soll ein digitales Antragsformular zur Verfügung gestellt werden, dass es dem Antragsteller ermöglicht, den Antrag ohne großen Aufwand und aus der Ferne einzureichen. Auch für die Hochschule, die betroffenen Sekundarschulen und das IAWM soll dadurch der Aufwand möglichst geringgehalten werden, der durch den erforderlichen

Abgleich der vom Antragsteller angegebenen Informationen in Bezug auf seine Studiums-, Schul- oder Ausbildungssituation entsteht.

Am 15. November 2022 waren 228 Studierende an der Autonomen Hochschule Ostbelgien, 45 Schüler im siebten Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts und 256 Auszubildende am Institut für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands eingeschrieben, die ein Recht auf das Stipendium gehabt hätten.

Um der Verwaltung ausreichend Zeit für die Bearbeitung der Anträge sowie für die Entscheidung der Regierung zur Gewährung des Stipendiums einzuräumen, wird festgelegt, dass alle Anträge bis spätestens zum 31. Dezember des Jahres, in dem der Antrag eingegangen ist, bearbeitet sein müssen. Die Wartezeit für den Antragsteller bleibt dadurch angemessen.

Es muss sichergestellt sein, dass den Antragstellern bewusst ist, dass das Stipendium zurückgezahlt werden muss, wenn sie die Verpflichtung, innerhalb von zehn Jahren nach Abschluss fünf Jahre in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu arbeiten, nicht erfüllen. Deshalb wird vorgesehen, dass beim Erstantrag eine unterzeichnete Erklärung beigefügt werden muss, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller Kenntnis von dieser Verpflichtung hat.

Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt, dass das Stipendium in monatlichen Beträgen von 350 Euro ausgezahlt wird. Dies ermöglicht ein schnelleres Eingreifen bei nicht erfüllten Bedingungen und trägt somit zur Vermeidung von zu Unrecht gezahlten Stipendien bei. Auch ermöglicht dies dem Stipendienempfänger, auf eigenen Wunsch das ihm gewährte Stipendium im Laufe eines Jahres zu stoppen.

Ein Studierender, ein Lehrling oder ein Schüler im ersten Studien- bzw. Ausbildungsjahr hat erst ab dem Monat September Anrecht auf das Stipendium. Ab wann das Stipendium ausgezahlt wird, hängt von dem Moment ab, in dem die Einschreibung bzw. das Abschließen des Lehrvertrags stattfindet. Geschieht dies nach dem 1. September, dann besteht das Anrecht auf ein Stipendium erst ab dem erstfolgenden Monat.

Das Stipendium kann nur auf ein SEPA-Konto auf den Namen des Berechtigten ausgezahlt werden.

Artikel 6

Artikel 6 bestimmt, dass eine Person das Stipendium nur einmal beziehen kann, bis die Verpflichtung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu arbeiten, erfüllt ist.

Jedoch muss die Möglichkeit bestehen, dass eine Person den Studiengang, das siebte berufsbildende Sekundarschuljahr oder die Lehre wechseln kann. Falls der neu ausgewählte Studiengang oder das neu ausgewählte Studienprogramm oder die neu ausgewählte Lehre auch auf einen Mangelberuf vorbereitet, kann diese Person das Stipendium ohne Rückzahlung weiter beziehen. Der Betrag des bisher erhaltenen Stipendiums wird mit dem neu gewährten Stipendium verrechnet.

Artikel 7

Artikel 7 gibt der Regierung das Recht, die Zahlungen auszusetzen, wenn der Stipendienempfänger eine oder mehrere Verpflichtungen nicht einhält oder gegen im Dekret vorgegebene Bedingungen verstößt.

Der Betreffende kann gegen diese Entscheidung Beschwerde ohne aufschiebende Wirkung einreichen. Ihm steht dazu eine Frist von 30 Tagen zur Verfügung.

Nach Erhalt der Beschwerde verfügt die Regierung über eine Frist von 60 Tagen, um endgültig zu entscheiden, ob das Stipendium weiter gewährt wird oder definitiv abgelehnt und eventuell rückgefordert wird.

Artikel 8

Artikel 8 hält die Rückzahlungs- und Verzichtsmodalitäten fest. Durch die Verpflichtung, nach erfolgreichem Abschluss des Studiums oder der Ausbildung während einer bestimmten Dauer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu arbeiten, wird gezielt einen Zustrom von Fachkräften gefördert.

Es wird definiert, was unter erfolgreichem Abschluss verstanden wird. Diese Präzisierung ist erforderlich, da nach dem erfolgreichen Abschluss des ersten Jahres des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts in Krankenpflege und dem Bachelor-Studium im Fachbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften der Berufszugang als Pflegehelfer vergeben wird. Beenden Studierende nach dem erfolgreichen Abschluss des ersten Jahres und somit mit Erhalt der Berufszulassung als Pflegehelfer das Studium, sollte dies nicht als Abbruch eines Studiums gewertet werden.

Verschiedene Szenarien sind denkbar, in denen die Verpflichtung, nach Abschluss des Studiums, des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts oder der Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu arbeiten, unangemessen wäre, so z.B. bei einem schweren Unfall des Studienabsolventen, Schul- oder Ausbildungsabgängers. Daher müssen im Ausführungserlass Ausnahmefälle vorgesehen werden.

Absatz 2 legt fest, wie die Betreffenden das Erfüllen der Verpflichtung, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gearbeitet zu haben, nachweisen müssen. Das Datum der Frist entspricht dem Ende der Nachprüfungen. Die Verwaltung wird ihrerseits daran arbeiten, nach Möglichkeit selbst Mechanismen auszuarbeiten, die es erlauben, so schnell und effizient wie möglich die Erfüllung der Berufsausübung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachzuverfolgen.

In Absatz 3 wird bestimmt, dass ohne eingereichten Nachweis die Verpflichtung nicht erfüllt ist und die Regierung das Rückforderungsverfahren startet.

Die Absicht ist, dass während der Verpflichtung, fünf Jahre lang halbzzeitig zu arbeiten, auch tatsächlich Arbeit geleistet wird. Daher sieht Absatz 4 vor, dass Formen der freiwilligen Verkürzung der Arbeitszeit oder vollzeitige Arbeitsunterbrechung nicht als geleistete Arbeit zählen. So muss eine Person, die während der Erfüllung der Verpflichtung ihre berufliche Tätigkeit für drei Monate unterbricht, diese drei Monate zusätzlich leisten. Auch der Zeitraum von zehn Jahren, um die Verpflichtung zu erfüllen, wird entsprechend verlängert.

Die Regierung kann weitere Gründe zur Verlängerung bestimmen.

Artikel 9

Dieser Artikel hält fest, dass derjenige, der das Stipendium oder Teilbeträge des Stipendiums unrechtmäßig erhalten hat, bspw. durch Betrug oder Fälschung, diesen Betrag zurückzahlen muss.

Auch wenn festgestellt wird, dass die in Artikel 3 bestimmten Bedingungen nicht (mehr) erfüllt sind, also bspw. bei Abbruch des Studiums oder der Ausbildung, werden die bereits bezahlten Teilbeträge rückgefordert.

Artikel 10

Dieser Artikel bestimmt, dass Rückforderungen erfolgen können. Führt diese Aufforderung nicht zur Rückzahlung, leitet die Regierung rechtliche Schritte ein.

Die Regierung wird beauftragt, die weiteren Modalitäten zu bestimmen.

Artikel 11

Dieser Artikel hält fest, dass auf die Rückforderung verzichtet wird, wenn sie technisch unmöglich ist, wenn das Eintreiben der Beträge zu unsicher oder zu kostspielig ist, aus sozialen Gründen, wenn der Betreffende verstorben oder verschollen ist, oder wenn der zu Unrecht ausgezahlte Betrag aufgrund eines Fehlers der Regierung gezahlt wurde.

Artikel 12

Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann aufgrund von Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Beitreibung festgestellter und nicht beanstandeter nichtsteuerlicher Forderungen durch die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen vornehmen lassen.

Wenn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, sind die Artikel 10 und 11 nicht anwendbar.

Artikel 13

Dieser Artikel sieht eine Verjährungsfrist von zehn Jahren zur Rückforderung der unrechtmäßigen ausgezahlten (Teil-)Beträge des Stipendiums durch die Behörde vor.

Artikel 14

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretvorentwurfs und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Artikel 15

Dieser Artikel ermöglicht der Regierung die Verarbeitung personenbezogener Daten, die sie in Ausführung der durch vorliegenden Dekretvorentwurf festgelegten Aufträge erhält. Mit diesem Artikel wird präzisiert, dass die Regierung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten der

Verantwortliche für die Verarbeitung ist. Die Datenverarbeitung erfolgt unter Einhaltung der genannten Datenschutz-Grundverordnung.

Artikel 16

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die die Regierung in Zukunft verarbeiten wird. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen.

Absatz 2 bestimmt, dass die Regierung zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonymisierte bzw. gegebenenfalls pseudonymisierte Daten im Rahmen dieses Dekretes zurückgreifen kann.

Artikel 17

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 18

Dieser Artikel sieht vor, dass die Regierung gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten festlegt.

Artikel 19

Die Artikel 19 bis 21 sehen Strafbestimmungen vor, um betrügerische Handlungen zum Erhalt eines Stipendiums zu ahnden.

Der vorliegende Artikel sieht die Strafen bei Fälschung und Gebrauch gefälschter Urkunden vor.

Artikel 20

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen wie im vorhergehenden Artikel bei unrichtigen oder unvollständigen Erklärungen vor.

Artikel 21

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei Betrug vor.

Artikel 22

Dieser Artikel gibt der Regierung die Möglichkeit, einen externen Dienstleister mit der Verwaltung des Stipendiensystems zu beauftragen. Dies würde der ostbelgischen Unternehmenswelt und anderen Akteuren wie Bildungseinrichtungen eine Partizipationsmöglichkeit zur Steuerung des Fachkräftemangels bieten.

Zudem wurde im September 2022 ein Anwerbungsstopp im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft verkündet. Um die Verwaltung des Stipendiensystems sicherzustellen, wird die Möglichkeit einer Auslagerung vorgesehen.

Artikel 23

Dieser Artikel beinhaltet eine Übergangsregelung für Personen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets bereits ein Bachelorstudium, ein Brückenstudium Plus, ein Brevet oder eine mittelständische Lehre in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angefangen haben und sich mindestens im zweiten Lehr- oder Studienjahr befinden. Diese Personen werden, falls sie ein Stipendium beantragen, nicht verpflichtet, fünf Jahre in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu arbeiten, sondern drei Jahre.

Artikel 24

Gemäß Artikel 2 des Dekrets vom 6. Juni 1988 zur Gewährung von Zuschüssen und Stipendien für Weiterbildungslehrgänge und -studien sowie für wissenschaftliche Forschungsprojekte können Lehrpersonen sowie Inhaber einer Lehrbefähigung für fachbezogene, pädagogische und sprachliche Weiterbildungslehrgänge einen Zuschuss in Höhe von maximal 247,89 EUR erhalten. Inhaber eines Bachelor- oder Masterdiploms können gemäß Artikel 3 desselben Dekrets vom 6. Juni 1988 für wissenschaftliche, pädagogische, fachbezogene und sprachliche Weiterbildungsstudien einen Zuschuss in Höhe von maximal 743,68 EUR erhalten. Vorrangig werden die Anträge berücksichtigt, aus denen die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere im Hinblick auf den Unterricht und die Ausbildung, einen Nutzen ziehen kann.

Im Zuge der Einführung des neuen Stipendiensystems für Mangelberufe schlägt die Regierung aufgrund der zahlreichen Entwicklungen, die es seit der Einführung der oben erläuterten Zuschüsse im Jahr 1988 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegeben hat, vor, diese Zuschüsse abzuschaffen.

Personen, die nicht im öffentlichen Dienst angestellt sind, können für zahlreiche Weiterqualifizierungsmaßnahmen von anderen Weiterbildungsförderungen profitieren, wie beispielsweise BRAWO, bezahlter Bildungsurlaub oder Beihilfen des Arbeitsamts. Auch werden viele der Weiterbildungen, die das ZAWM in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert, bereits von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst, um ein möglichst kostengünstiges, qualitativ hochwertiges Weiterbildungsangebot für die mittelständischen Berufe anbieten zu können.

Die Angebote für die Personalmitglieder des Unterrichtswesens haben sich im Vergleich zur Zeit der Einführung des oben erläuterten Zuschusssystems im Jahr 1988 mit der Schaffung der Autonomen Hochschule Ostbelgien im Jahr 2005 und der Einführung der Weiterbildungskommission stark verändert: Die Personalmitglieder des Unterrichts können heutzutage auf ein breitgefächertes, oftmals kostenloses Weiterbildungsangebot in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und darüber hinaus, so bspw. beim Institut de Formation en Cours de Carrière (IFC) der Französischen Gemeinschaft, zurückgreifen.

Zudem können bei Bedarf die Mittel für pädagogische Zwecke, die in Anwendung des Dekrets vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen an die Schulen bzw. die Träger ausgezahlt werden, verwendet werden für „Weiterbildungen, die a) die persönliche und berufliche Entwicklung des Personalmitglieds fördern, b) die Qualität des Bildungsangebotes sichern, c) die Kenntnisse über das soziale und gesellschaftliche Umfeld der Schule entwickeln, d) das branchenspezifische Wissen aktualisieren oder erweitern, e) pädagogische Fähig- und Fertigkeiten fördern, f) neue Unterrichtsformen und -methoden sowie aktuelle Unterrichtsmaterialien vorstellen, g) die Kapazitäten im Bereich der menschlichen Beziehungen erweitern“ (siehe Artikel 3 Nummer 2 desselben Dekrets vom 16. Dezember 2002).

Um die vorhandenen Ressourcen bestmöglich einzusetzen, schlägt die Regierung in diesem Kontext vor, die oben erläuterten Zuschüsse aufzuheben.

Artikel 25

Diese Bestimmung sieht das Inkrafttreten des Dekrets zum 1. Juli 2023 vor. Ab diesem Zeitpunkt können Anträge auf Erhalt eines Stipendiums gestellt werden.

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia
Klinkenberg

Digital unterschrieben von
Lydia Klinkenberg

Datum: 2023.02.02 09:43:54
+01'00'

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Einrichtung eines Fonds für Stipendien an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Stipendium: ein zinsloses Darlehen zur allgemeinen Verwendung an Studierende, Auszubildende und Schüler, die die in Artikel 3 festgelegten Bedingungen erfüllen;
2. Mangelberufe: die aufgrund von Artikel 9 Absatz 1 Nummer 20 des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und Artikel 28 §3 Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und c) des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende in der Liste der Berufe, für die ein Fachkräftemangel besteht, aufgeführten Berufe;
3. Studiengang: die in Artikel 2.6 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule aufgeführten Erstausbildungen;
4. Studierender: eine Person, die regulär zu einem Studiengang eingeschrieben ist und nicht mehr der Schulpflicht gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht unterliegt;
5. Lehre: eine Ausbildung im Sinne von Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
6. Auszubildender: eine Person, die einen Lehrvertrag gemäß Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen abgeschlossen hat und nicht mehr der Schulpflicht gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht unterliegt;
7. Schüler: eine Person, die gemäß Artikel 18 §1 des Dekrets vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens regulär zum siebten Jahr des berufsbildenden Sekundarunterricht an einer Sekundarschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben ist und nicht mehr der Schulpflicht gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht unterliegt;
8. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

KAPITEL 2 – EINRICHTUNG DES FONDS

Art. 2 – §1 – Es wird ein Fonds für Stipendien an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen eingerichtet.

Der Fonds entspricht einem Haushaltsfonds gemäß Artikel 56 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§2 – Die Einnahmen des Fonds setzen sich zusammen aus:

1. dem im Einnahmenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Erfüllung der Aufgaben des Fonds als zweckbestimmte Einnahmen vorgesehenen Teil der Globaldotations;
2. Einnahmen aus Rückzahlungen oder Rückforderungen gemäß Kapitel 6;
3. Einnahmen aus Schenkungen oder Legaten.

§3 – Die Ausgaben des Fonds umfassen die Auszahlung von persönlichen und nicht übertragbaren Stipendien.

KAPITEL 3 – BEDINGUNGEN UND ANTRAGSVERFAHREN

Art. 3 – Um ein Stipendium beantragen zu können, erfüllen die Betreffenden folgende Bedingungen:

1. Sie sind Bürger eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaats des Europäischen Wirtschaftsraums, der Schweiz oder des Vereinigten Königreichs, oder erfüllen mindestens folgende Bedingungen:

a) eine Niederlassungserlaubnis oder den Status als langfristig Aufenthaltsberechtigter gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern besitzen;

b) die Rechtsstellung als Flüchtling, Staatenloser oder den subsidiären Schutzstatus gemäß den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

c) sich aufgrund der Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 länger als drei Monate in Belgien aufhalten dürfen und dort eine tatsächliche und effektive Berufstätigkeit ausüben oder ein Ersatzeinkommen beziehen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

e) eine Aufenthaltsgenehmigung besitzen, die in Anwendung von Artikel 61/7 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 erteilt wurde.

2. Sie sind entweder regulär zu einem Studiengang, der auf eine Tätigkeit in einem Mangelberuf vorbereitet, an einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Hochschuleinrichtung eingeschrieben oder absolvieren eine Lehre, die auf eine Tätigkeit in einem Mangelberuf im deutschen Sprachgebiet vorbereitet oder sind regulär zum siebten Jahr des berufsbildenden Regelsekundarunterrichts in einer Studienrichtung, die auf eine Tätigkeit in einem Mangelberuf im deutschen Sprachgebiet vorbereitet, an einer Sekundarschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben. Ausgenommen sind die freien Schüler, die eine Lehre oder ein Meistervolontariat absolvieren und über einen Arbeitsvertrag beschäftigt sind, sowie die freien Schüler im Hochschulwesen und im Regelsekundarschulwesen.

3. Sie haben die Regelstudienzeit oder die Regeldauer des Lehrvertrags nicht um mehr als ein Jahr überschritten.

Auf der Grundlage der Liste der Mangelberufe erstellt die Regierung jährlich bis zum 30. Juni eine Liste der Studiengänge, Lehr- und Meistervolontariatsprogramme und Studienrichtungen des Regelsekundarschulwesens, die auf eine Tätigkeit in einem Mangelberuf vorbereiten und somit das in Absatz 1 Nummer 2 aufgeführte Kriterium erfüllen.

Werden die in Absatz 1 genannten Bedingungen erfüllt und ein Stipendium für die Dauer eines Jahres gewährt, gilt das in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Kriterium bis zum Abschluss des Studiums oder der Ausbildung weiterhin als erfüllt, selbst wenn der Studiengang, das Lehr- oder Meistervolontariatsprogramm oder die Studienrichtung des Regelsekundarschulwesens in einem Folgejahr nicht mehr auf der in Absatz 2 genannten Liste steht.

Die Regierung kann weitere Bedingungen festlegen.

Art. 4 – Zum Erhalt eines Stipendiums reichen die Betreffenden, gegebenenfalls mit dem Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten, jährlich zwischen dem 1. Juli und dem 15.

November einen Antrag bei der Regierung ein. Dem Antrag werden die Belege beigelegt, anhand derer die Einhaltung der in Artikel 3 festgelegten Bedingungen nachgewiesen wird.

Bei einem Erstantrag wird eine durch den Betreffenden unterzeichnete Erklärung beigelegt, dass das Stipendium zurückzuzahlen ist, wenn die in Artikel 8 §1 Absatz 1 aufgeführte Bedingung nicht erfüllt wird, unbeschadet der in Artikel 11 aufgeführten Fälle.

Die Regierung entscheidet bis zum 31. Dezember über die Gewährung des Stipendiums. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als abgelehnt.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten in Bezug auf:

1. die Form und den Inhalt des Antrags;
2. das Antragsverfahren.

KAPITEL 4 – ANRECHT UND AUSZAHLUNG

Art. 5 – §1 – Das Stipendium wird in monatlichen Teilbeträgen von 350 Euro ausgezahlt.

Die Regierung kann jährlich den in Absatz 1 genannten Betrag an die Entwicklung des Verbraucherpreisindexes anpassen.

Die Regierung kann den in Absatz 1 genannten Betrag zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multiplizieren.

§2 – Studierende im ersten Studienjahr und Schüler, die die in Artikel 3 festgelegten Bedingungen erfüllen, haben ab dem Monat September des betreffenden Jahres Anrecht auf ein Stipendium. Studierende und Schüler, die sich nach dem 1. September eingeschrieben haben, haben ab dem Monat, der dem Monat folgt, in dem sie sich eingeschrieben haben, Anrecht auf ein Stipendium.

Auszubildende im ersten Lehrjahr, die die in Artikel 3 festgelegten Bedingungen erfüllen, haben frühestens ab dem Monat September des betreffenden Jahres Anrecht auf ein Stipendium. Auszubildende, deren Lehrvertrag nach dem 1. September abgeschlossen wird, haben ab dem Monat, der dem Monat folgt, in dem der Vertrag abgeschlossen wurde, Anrecht auf ein Stipendium.

§3 – Die Beträge werden auf ein Konto des Betreffenden überwiesen, dessen Kontonummer im SEPA-Format ausgegeben ist.

Bei dem in Absatz 1 erwähnten Konto handelt es sich um ein Konto, das auf den Namen des Betreffenden eröffnet wurde.

Die Regierung kann abweichende Zahlungsmodalitäten festlegen.

Art. 6 – §1 – Eine Person hat erst erneut Anrecht auf ein Stipendium, wenn die in Artikel 8 §1 festgelegten Vorgaben erfüllt worden sind.

§2 – Unbeschadet der in Artikel 9 festgelegten Bestimmungen können die Betreffenden zu einem anderen Studiengang, Lehr- oder Meistervolontariatsprogramm oder einer anderen Studienrichtung des Regelsekundarschulwesens gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 2 wechseln, ohne das Anrecht auf ein Stipendium zu verlieren. Die Dauer des Stipendiums, das vor dem Wechsel bezogen wurde, wird von der maximal möglichen Bezugsdauer gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 3 abgezogen.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten.

KAPITEL 5 – AUSSETZUNG UND BESCHWERDEN

Art. 7 – §1 – Wenn die Regierung feststellt, dass der Betreffende gegen eine oder mehrere Bestimmungen des vorliegenden Dekrets oder seiner Ausführungserlasse verstößt, setzt die Regierung die Zahlungen aus.

Bei Lehrlingen, die ihren Lehrvertrag im Laufe eines Jahres abbrechen und innerhalb einer Frist von sechs Wochen einen neuen Lehrvertrag in einem Mangelberuf abschließen, wird die Zahlung nicht ausgesetzt.

§2 – Die Regierung stellt den Betreffenden per Einschreiben von der Aussetzung in Kenntnis und begründet die Entscheidung.

§3 – Der Betreffende kann innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens gegen die Entscheidung der Aussetzung Beschwerde bei der Regierung einreichen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Betreffende übermittelt der Regierung die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung.

Unbeschadet des Rückforderungsrechts gemäß Artikel 8 entscheidet die Regierung innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der Beschwerde endgültig, ob die ausgesetzten Auszahlungen dennoch gewährt oder definitiv beendet werden.

§4 – Nach Überschreiten der in §3 Absatz 1 genannten Frist von 30 Tagen wird die Auszahlung definitiv beendet. In diesem Fall fordert die Regierung den Betreffenden in einer von ihr festzulegenden Frist zur Rückzahlung des Gesamtbetrags des Stipendiums auf.

Die Regierung kann weitere Modalitäten bestimmen.

KAPITEL 6 – VERZICHT UND RÜCKFORDERUNGEN

Art. 8 – §1 – Die Regierung verzichtet auf die Rückzahlung des Gesamtbetrags des Stipendiums, wenn der Betreffende innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren nach erfolgreichem Abschluss seines Studiums, seines siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts oder seiner Lehre während fünf Jahren mindestens einer Halbzeitbeschäftigung im deutschen Sprachgebiet nachgeht.

In Abweichung von Absatz 1 genügt eine Halbzeitbeschäftigung von mindestens drei Jahren im deutschen Sprachgebiet nach einem erfolgreichen Abschluss für Schüler, die maximal zwei Jahre ein Stipendium empfangen haben.

Unter erfolgreichem Abschluss wird verstanden:

1. ein Abschluss mit einem Diplom eines Bachelors im Sinne von Artikel 2.6 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule;
2. ein Abschluss als Pflegehelfer gemäß Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe c) des Königlichen Erlasses vom 12. Januar 2006 zur Festlegung der Modalitäten für die Registrierung als Pflegehelfer
3. ein Gesellenzeugnis oder ein Praktikerzertifikat gemäß Artikel 32 des Erlasses der

Regierung vom 30. August 2018 über die Prüfungen und die Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes;

4. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des berufsbildenden Sekundarunterrichts gemäß Artikel 25 §2 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens in Verbindung mit dem Befähigungsnachweis des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts gemäß Artikel 26 §1 Nummer 5 desselben Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984.

In begründeten Ausnahmefällen, die die Regierung festlegt, kann der Betreffende von der in den Absätzen 1 und 2 genannten Verpflichtung ganz oder teilweise befreit werden.

§2 – Um in den Genuss des in §1 genannten Verzichts auf Rückzahlung zu kommen, reicht der Betreffende spätestens zum 31. August des Jahres, in dem sich die Gewährung des Stipendiums zum zehnten Mal jährt, bei der Regierung die Belege ein, anhand derer die Einhaltung der in §1 genannten Bedingung nachgewiesen wird.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten in Bezug auf:

1. die Form und den Inhalt der Nachweiserbringung;
2. die für die Nachweiserbringung zulässigen Belege.

§3 – Nach Überschreiten der in §2 genannten Frist wird davon ausgegangen, dass der Betreffende die in §1 genannte Bedingung nicht eingehalten hat. In diesem Fall fordert die Regierung den Betreffenden in einer von ihr festzulegenden Frist zur Rückzahlung des Gesamtbetrags des Stipendiums auf.

§4 – Bei einer Laufbahnunterbrechung, einem Zeitkredit oder einem thematischen Urlaub, für die bzw. den das Landesamt für Arbeitsbeschaffung eine Unterbrechungsleistung gewährt, und bei denen die Arbeitszeit sich auf weniger als die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung reduziert, werden die in §1 genannte Verpflichtungsdauer von fünf Jahren sowie der Zeitraum von zehn Jahren, in dem die Verpflichtung erfüllt werden muss, entsprechend verlängert.

Die Regierung kann weitere Gründe für eine Verlängerung der in §1 genannten Fristen bestimmen.

Art. 9 – Die Regierung fordert die bereits ausgezahlten Teilbeträge des Stipendiums zurück, wenn sie feststellt, dass es zu Unrecht ausgezahlt wurde. Das Stipendium gilt als zu Unrecht ausgezahlt, wenn:

1. die Informationen, die zum Erhalt des Stipendiums geführt haben, betrügerisch oder falsch sind;
2. der Betreffende das Stipendium bezogen hat, obwohl er nicht oder nicht mehr die in Artikel 3 aufgeführten Bedingungen erfüllt;
3. wenn der Betreffende seinen Studiengang, seine Lehre, sein Meistervolontariat oder das siebte Jahr des berufsbildenden Regelsekundarunterrichts abbricht, unbeschadet der in den Artikeln 6 §2 und 8 §1 festgelegten Bestimmungen.

Die Nicht-Rückzahlung des Gesamtbetrags des Stipendiums in dem in Artikel 8 §3 genannten Fall wird im Hinblick auf die in den Artikeln 10 bis 13 festgelegten Rückforderungsmodalitäten einem zu Unrecht ausgezahlten Stipendium gleichgestellt.

Art. 10 – Die Regierung fordert die zu Unrecht ausgezahlten Beträge beim Betreffenden ein. In Ermangelung einer Rückzahlung leitet die Regierung gerichtliche Schritte zur Rückforderung der Beträge gegen den Betreffenden ein.

Die Regierung bestimmt:

1. die Modalitäten der Aufforderung zur Rückzahlung;
2. die Modalitäten und Fristen für die Einleitung der gerichtlichen Schritte.

Art. 11 – §1 – Erweist sich die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge als technisch nicht möglich, kann die Regierung in den von ihr bestimmten Fällen die entsprechenden zurückzufordernden Beträge als nicht eintreibbar erklären.

§2 – Sind die Eintreibungskosten für die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge höher als die einzutreibenden Beträge, kann die Regierung in den von ihr festgelegten Grenzen entweder von gerichtlichen Schritten zur Rückforderung dieser Beträge oder von der Rückforderung dieser Beträge durch Zwangsvollstreckung absehen und die entsprechenden zurückzufordernden Beträge als nicht eintreibbar erklären.

§3 – Die Regierung kann aus sozialen Gründen zurückzufordernde Beträge ganz oder teilweise als nicht eintreibbar erklären, wenn:

1. der Antragsteller einen Antrag auf Verzicht der Rückforderung stellt;
2. der zu Unrecht ausgezahlte Betrag nicht auf einen auf Betrug, arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder auf eine Verfehlung des Antragstellers zurückgeht.

Die Regierung bestimmt das Verfahren und die Modalitäten des Verzichts auf Rückforderung aus sozialen Gründen.

§4 – Außer bei Betrug, arglistiger Täuschung oder betrügerischen Handlungen werden zurückzufordernde Beträge von Amts wegen als nicht eintreibbar erklärt, wenn die Person, an die sie gezahlt worden sind, verstorben oder für verschollen erklärt worden ist und die Rückforderung ihr zum Zeitpunkt ihres Todes noch nicht notifiziert wurde.

§5 – Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Beträge nicht zurück, wenn die Auszahlung auf einen Fehler der Regierung zurückgeht.

Art. 12 – Die zurückzufordernden Beträge können gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigeschrieben werden.

In diesem Fall sind die Artikel 10 und 11 nicht anwendbar.

Art. 13 – Unrechtmäßig ausgezahlte Stipendien können nach Ablauf einer Frist von zehn Jahren, gerechnet ab dem ersten Tag des Monats, auf den sich die unrechtmäßige Zahlung bezogen hat, nicht mehr zurückgefordert werden.

Unbeschadet der im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Gründe wird die Verjährungsfrist ebenfalls durch die Rückforderung unrechtmäßig ausgezahlter Beträge, die dem Schuldner per Einschreiben übermittelt wird, unterbrochen.

KAPITEL 7 – VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 14 – Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 15 – Die Regierung ist für die Verarbeitung der in Artikel 16 genannten

personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Die Regierung gilt für ihre Verarbeitung als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung der in den Kapitel 3, 4, 5 und 6 aufgeführten Aufgaben. Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 16 – §1 – Für die Ausführung ihrer Aufträge gemäß den Kapiteln 3, 4, 5 und 6 kann die Regierung in Bezug auf den Betreffenden personenbezogene Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer
3. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
4. Daten zum Beruf;
5. Bankkontodaten;

Die Regierung kann die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

§2 – Die Regierung greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung seiner Aufgaben im Rahmen des vorliegenden Dekretes bevorzugt auf anonyme Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 erwähnten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt die Regierung in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.

Art. 17 – Die in Artikel 16 genannten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, wie folgt aufbewahrt:

1. für den Betreffenden, der nie tatsächlich Anrecht auf die Auszahlung des Stipendiums hatte, während fünf Jahren nach dem Ende des Monats, in dem der Antrag auf Stipendium gestellt wurde;
2. für den Betreffenden, der Anrecht auf die Auszahlung des Stipendiums hatte, während fünf Jahren ab der Einreichung der Belege durch den Betreffenden gemäß Artikel 8 §2;
3. für den Betreffenden, für den ein administratives oder gerichtliches Verfahren anhängig ist, während fünf Jahren ab dem Ende des Monats, in dem das Verfahren beendet wurde.

Art. 18 – Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 8 – STRAFBESTIMMUNGEN

Art. 19 – Wird mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen belegt, wer mit dem Ziel, eine unrechtmäßige Auszahlung des Stipendiums zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen:

1. Urkundenfälschung begangen hat entweder durch Fälschung von Unterschriften oder durch Nachmachen oder Verfälschen von Urkunden oder Unterschriften oder durch Anfertigung von Vereinbarungen, Verfügungen, Verbindlichkeiten oder Entlastungen bzw. durch ihre Aufnahme in eine Urkunde oder durch Hinzufügung oder Verfälschung von Klauseln, Erklärungen oder Umständen, die diese Urkunde enthalten oder feststellen sollte;

2. von einer gefälschten Urkunde oder von einem gefälschten Schriftstück Gebrauch gemacht hat;

3. eine Fälschung begangen hat, indem er Daten, die durch ein Datenverarbeitungssystem gespeichert, verarbeitet oder übertragen werden, in ein Datenverarbeitungssystem eingegeben, geändert oder gelöscht hat oder indem er mit anderen technologischen Mitteln die mögliche Verwendung der Daten in einem Datenverarbeitungssystem geändert hat, wodurch die rechtliche Tragweite solcher Daten verändert wurde;

4. von den auf diese Weise erhaltenen Daten Gebrauch gemacht hat, wohl wissend, dass sie gefälscht sind.

Art. 20 – Wird gemäß Artikel 19 bestraft, wer wissentlich und willentlich:

1. eine unrichtige oder unvollständige Erklärung abgegeben hat, um eine unrechtmäßige Auszahlung des Stipendiums zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen;

2. versäumt oder sich geweigert hat, eine Erklärung, zu der er verpflichtet ist, abzugeben oder die Informationen, die er erteilen muss, zu erteilen, um eine unrechtmäßige Auszahlung des Stipendiums zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen;

3. infolge einer in Nummer 1 erwähnten Erklärung, des Versäumnisses oder der Weigerung, eine Erklärung abzugeben oder Informationen zu erteilen, die in Nummer 2 erwähnt sind, oder einer in Artikel 19 erwähnten Urkunde bzw. Handlung eine Leistung, auf die er keinen Anspruch oder nur teilweise Anspruch hatte, erhalten hat.

Art. 21 – Wird gemäß Artikel 19 bestraft, wer mit dem Ziel, eine unrechtmäßige Auszahlung des Stipendiums zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen, falsche Namen, falsche Eigenschaften oder falsche Adressen gebraucht hat oder jede andere betrügerische Handlung angewandt hat, oder um jedes andere fiktive Ereignis vorzutäuschen oder um auf andere Weise das Vertrauen zu missbrauchen.

KAPITEL 8 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 22 – Die Regierung kann einen externen Dienstleister mit der Vergabe der Stipendien beauftragen.

Art. 23 – Für die Betreffenden, die ein Stipendium beantragen und im akademischen Jahr bzw. im Ausbildungsjahr 2023-2024 bereits mindestens im zweiten Jahr eines Studiums oder einer Lehre im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 2 eingeschrieben sind, beschränkt sich die in Artikel 8 §1 Absatz 1 aufgeführte Verpflichtung auf drei Jahre.

Art. 24 – Artikel 2 und 3 des Dekrets vom 6. Juni 1988 zur Gewährung von Zuschüssen

und Stipendien für Weiterbildungslehrgänge und -studien sowie für wissenschaftliche Forschungsprojekte, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, werden aufgehoben.

Art. 25 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg

Datum: 2023.02.02 09:44:18 +01'00'

08.12.2022
GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Sur la proposition du ministre de l'Enseignement

Après délibération,

Arrête :

Le ministre de l'Enseignement est chargé de présenter au Parlement de la Communauté germanophone l'avant-projet de décret dont la teneur suit :

**AVANT-PROJET DE DÉCRET PORTANT CRÉATION D'UN FONDS RELATIF AUX BOURSES D'ÉTUDES À
DESTINATION DES APPRENTIS, ÉTUDIANTS ET ÉLÈVES DÉSIRANT SE FORMER À UN MÉTIER EN
PÉNURIE**

RÉSUMÉ

Aux fins de lutter contre la pénurie de personnel qualifié, le projet prévoit la mise en place d'un système d'octroi de bourses innovant à destination des apprentis en formation en alternance des Classes moyennes en Communauté germanophone, des étudiants inscrits dans un établissement d'enseignement supérieur organisé ou subventionné par la Communauté germanophone et des élèves de septième année de l'enseignement secondaire professionnel désirant se former à un métier en pénurie.

STRUCTURE

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaires des articles	6
Avant-projet	14

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le Gouvernement de la Communauté germanophone souhaite combiner plusieurs mesures aux fins de lutter contre la pénurie de main-d'œuvre. Parmi les étapes importantes de ce projet figure l'introduction d'un système innovant d'octroi de bourses, inspiré de celui du Tyrol du Sud et de certains Länder autrichiens.

L'introduction d'un système d'octroi de bourses a pour objet d'inciter davantage de candidats à suivre des études ou une formation leur permettant d'exercer un métier en pénurie tout en les encourageant à demeurer au sein de la Communauté germanophone.

Chaque année, la ministre de l'Emploi se fonde sur une analyse menée par l'Arbeitsamt aux fins d'identifier les métiers en pénurie. Parmi ceux-ci figurent notamment le métier d'enseignant ainsi que les professions liées aux soins et à l'artisanat.

Dans le cadre du présent système d'octroi de bourses, le Gouvernement publiera désormais chaque année une liste des cycles d'études, programmes de formation et sections de l'enseignement secondaire ordinaire dispensant un enseignement menant à l'exercice d'un métier en pénurie et donnant à ce titre droit à une bourse d'études.

L'obtention d'une bourse n'a aucune incidence sur le droit aux allocations d'études en application du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études.

L'élaboration du nouveau système d'octroi de bourses a été planifiée en trois phases, les premières et troisièmes phases faisant l'objet d'une élaboration conjointe dans le présent avant-projet de décret :

1. Introduction d'un nouveau système d'octroi de bourses au début de l'année académique 2023-2024 au bénéfice des étudiants inscrits dans une filière en pénurie au sein d'un établissement d'enseignement supérieur géré ou subventionné par la Communauté germanophone ;
2. Extension du système d'octroi de bourses à tous les métiers en pénurie du secteur universitaire, tels que celui de médecin ;
3. Extension du système d'octroi de bourses à tout apprenti en formation en alternance dans les métiers en pénurie.

Le Gouvernement suggère la création d'un fonds budgétaire. Ce fonds permet d'octroyer, sous certaines conditions, une bourse aux apprentis ou étudiants ayant achevé leur période de scolarité obligatoire et étant inscrits dans un établissement d'enseignement supérieur agréé par la Communauté germanophone aux fins d'obtention d'un brevet d'apprentissage, d'un certificat professionnel, d'un brevet ou d'un diplôme de bachelier ou ayant conclu, par l'intermédiaire de l'IAWM (Institut pour la formation et la formation continue des indépendants et dans les PME), un contrat d'apprentissage avec une entreprise de formation agréée en Communauté germanophone.

Le Gouvernement envisage en outre de permettre aux élèves dûment inscrits en septième année de l'enseignement secondaire professionnel et choisissant une section d'études menant à l'exercice d'un métier en pénurie d'introduire eux aussi une demande de bourse. Cela permettra d'éviter toute inégalité de traitement entre l'apprentissage des Classes moyennes et l'enseignement secondaire professionnel.

Le Gouvernement s'inspire du système d'indemnisation minimale dont peuvent bénéficier les apprentis et propose de fixer le montant de la bourse à un versement mensuel de 350 euros pour toute

la durée de la période normale d'études ou de la durée normale du contrat d'apprentissage. Une prolongation d'un an maximum est toutefois possible.

Les étudiants de première année, apprentis de première année et élèves de septième année issus de l'enseignement secondaire professionnel pourront bénéficier de la bourse à compter du mois de septembre, et non à compter du 1^{er} juillet. Si un contrat de formation est conclu après le 1^{er} septembre ou si un étudiant ou un élève ne s'inscrit qu'après le 1^{er} septembre, le droit ne naît qu'à partir du mois suivant celui au cours duquel le contrat a été conclu ou au cours duquel l'étudiant ou élève s'est inscrit.

Dans le cas de la formation d'apprentissage et des bacheliers en alternance, l'indemnité versée aux apprentis par l'entreprise de formation et la bourse peuvent être cumulées. Le bonus de départ et de stage pour les apprentis, prévu par l'arrêté royal du 1^{er} septembre 2006, est également cumulable avec la bourse, pour autant que l'apprenti suive une formation visant à exercer un métier en pénurie.

Le Gouvernement suggère le renoncement au remboursement de la bourse reçue pour autant que les bénéficiaires de la bourse exercent au minimum un emploi à mi-temps au sein de la Communauté germanophone pendant au moins cinq ans au cours d'une période de dix ans après la fin de leurs études ou de leur formation. Cette initiative a pour objectif de permettre aux bénéficiaires de la bourse de se rendre compte des avantages procurés par l'exercice d'un emploi au sein de notre communauté et de demeurer de ce fait disponibles sur le marché du travail de la Communauté germanophone, en ce compris après la fin de la période obligatoire.

Concernant les étudiants ou apprentis ayant déjà débuté leurs études ou leur formation dans un métier en pénurie au jour de l'adoption du décret et se trouvant au moins en deuxième année d'études ou de formation lors de leur première demande de bourse au cours de l'année académique ou de l'année de formation 2023-2024, le Gouvernement suggère la mise en place d'un régime transitoire réduisant la durée susmentionnée à trois ans de réduire la durée précitée à trois ans.

Les enjeux financiers sont considérables pour les bénéficiaires des bourses. Cette initiative est susceptible de générer une pression accrue sur les mineurs encore hésitants quant à leur parcours professionnel et, le cas échéant, de les inciter à poursuivre leur apprentissage dans un cycle d'études, une formation ou une section de l'enseignement secondaire ordinaire, bien que ce dernier/cette dernière ne leur convienne pas. Le Gouvernement propose dès lors d'exclure les élèves soumis à l'obligation scolaire du système d'octroi de bourses pour des motifs déontologiques.

Le Gouvernement souhaite en outre augmenter le montant des bonus de démarrage et de stage afin d'inciter davantage les jeunes apprenants à se former dans un métier en pénurie. Cette révision de l'arrêté royal du 1^{er} septembre 2006 relatif aux bonus de démarrage et de stage sera effectuée par arrêté du Gouvernement après adoption du présent décret.

Du fait de notre évolution démographique, nous sommes tributaires de l'immigration. Le présent système d'octroi de bourses est par conséquent accessible à tous les citoyens de l'UE et à certains citoyens hors UE souhaitant étudier dans un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou suivre une formation des Classes moyennes en Communauté germanophone, pour autant que lesdits citoyens remplissent les conditions d'admission respectives.

Les modalités précises d'obtention de cette bourse seront fixées par arrêté gouvernemental après adoption du présent décret.

Article 1er

Le présent article définit la terminologie utilisée dans le présent avant-projet de décret et garantit une compréhension uniforme des dispositions correspondantes.

La notion de « cycle d'études » décrite au point 3 couvre actuellement les formations initiales suivantes :

- Brevet d'enseignement secondaire professionnel complémentaire, section d'études : Soins infirmiers ;
- Bachelier en sciences infirmières et de la santé ;
- Bachelier en sciences de l'éducation (enseignement primaire) ;
- Bachelier en sciences de l'éducation (enseignement maternel) ;
- Passerelle de l'enseignement maternel vers l'enseignement primaire ;
- Brückenstudium Plus (Passerelle Plus) à destination des étudiants souhaitant se réorienter ;
- Bachelier en alternance dans les domaines d'études suivants : comptabilité, sciences financières et administratives et administration publique et commerciale.

Article 2

Le § 1^{er} porte création d'un fonds visant à permettre aux étudiants inscrits dans un établissement d'enseignement supérieur organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, aux élèves de septième année de l'enseignement secondaire professionnel en Communauté germanophone et aux apprentis sous contrat d'apprentissage avec un organisme de formation de la Communauté germanophone agréé et organisé par l'IAWM (institut pour la formation et la formation continue des indépendants et dans les PME), d'introduire une demande de bourse d'études.

Le § 2 précise que le fonds est alimenté par la dotation générale du budget des recettes de la Communauté germanophone, par des recettes résultant de remboursements ou de demandes de remboursement de sommes indûment versées et par des recettes résultant de dons ou de legs.

Le § 3 précise que le fonds est créé aux fins du versement de bourses d'études sous forme de prêts personnels, incessibles et sans intérêts pouvant être accordé à des étudiants et apprentis. Le Gouvernement est en outre habilité à fixer le montant de la bourse, lequel doit être équivalent ou supérieur à la rémunération minimale des apprentis, ainsi que les modalités d'indexation.

Article 3

Le présent article définit le champ d'application du présent avant-projet de décret.

Toute personne inscrite dans un cycle d'études, une septième année d'enseignement secondaire professionnel ordinaire ou un apprentissage préparant à l'exercice d'un métier en pénurie est susceptible de bénéficier de la bourse. Sur proposition de la ministre de l'Éducation, le Gouvernement établit désormais chaque année une liste des cycles d'études, sections de l'enseignement secondaire ordinaire et programmes d'apprentissage préparant à l'exercice d'un métier en pénurie, aux fins d'établir une correspondance entre la liste des métiers en pénurie établie sur proposition de l'Arbeitsamt par la ministre de l'Emploi, et des filières et formations concrètes. Tout cycle d'études ou formation figurant sur cette liste peut faire l'objet d'une demande de bourse.

La bourse est accordée aux apprenants pour la durée normale des études ou de l'apprentissage, et aux élèves dans le contexte de leur septième année d'enseignement secondaire professionnel. La durée normale des études des élèves de septième année s'entend uniquement de la septième année,

indépendamment du parcours scolaire antérieur. La période de versement de la bourse peut être prolongée d'un an au maximum. Les étudiants, apprentis et élèves disposent par conséquent d'une année supplémentaire pouvant notamment servir en cas de redoublement ou de réorientation vers une filière d'apprentissage plus adaptée.

Le § 1^{er}, 3°, précise que tout apprenant peut se voir octroyer une bourse dès lors que le cycle d'études, la section de l'enseignement secondaire ordinaire ou la formation choisie figure sur la liste susmentionnée au moment de l'introduction de la demande. Ledit droit est accordé pendant toute la durée normale des études ou du contrat d'apprentissage ou jusqu'à la fin de la septième année d'enseignement secondaire professionnel, y compris dans le cas où ledit cycle d'études, ladite section de l'enseignement secondaire ordinaire ou ledit programme de formation serait retiré de la liste susmentionnée au cours d'une année ultérieure.

Les enjeux financiers pour les bénéficiaires de la bourse d'études sont considérables. Ceux-ci sont susceptibles de générer une certaine pression sur les mineurs encore incertains quant à leur carrière professionnelle. Pour des motifs déontologiques, tout apprenant soumis à l'obligation scolaire est donc exclu du système d'octroi de bourses.

Est également expressément exclu tout élève libre inscrit à des cours théoriques dans le cadre de l'apprentissage et dans un cursus de bachelier en alternance et effectuant la partie pratique dans le cadre d'un contrat de travail, dans la mesure où de nombreux élèves libres bénéficient d'un contrat de travail à l'étranger.

Tout élève libre inscrit dans l'enseignement secondaire ordinaire et supérieur est en outre exclu, dans la mesure où il ne peut pas obtenir de diplôme. Il ne peut donc pas valider sa formation et se voit par conséquent contraint de rembourser la bourse.

Aux fins d'éviter toute fluctuation relative aux métiers en pénurie et tout problème induit par l'exercice de la profession étudiée, les bénéficiaires ne sont pas tenus d'exercer ledit métier en pénurie après validation de leurs études, de leur cursus ou de leur apprentissage. L'exercice d'une activité professionnelle à mi-temps ou plus doit être attesté, indépendamment du métier exercé.

Article 4

Le présent article précise les délais relatifs à l'introduction de la demande et à la décision finale du Gouvernement y afférente.

La demande de bourse doit être introduite annuellement. La Communauté germanophone conserve de ce fait un certain contrôle sur le processus.

La clôture des inscriptions à la haute école autonome des Cantons de l'Est et dans l'enseignement secondaire a lieu le 30 septembre ; le délai de conclusion des contrats d'apprentissage est fixé au 31 octobre. Le délai d'introduction de la demande est fixé au 15 novembre aux fins de permettre le dépôt de demandes de bourses après la fin de la période de contrat d'apprentissage.

Un formulaire de demande numérique permettant un dépôt facile et à distance de la demande sera disponible. Cette approche vise par ailleurs à réduire le plus possible la charge de travail incombant à la haute école, aux établissements d'enseignement secondaire concernés et à l'IAWM, lesquels doivent procéder au recoupement nécessaire des informations fournies par le demandeur au regard de sa formation universitaire, scolaire ou professionnelle.

À la date du 15 novembre 2022, 228 étudiants étaient inscrits à la haute école autonome des Cantons de l'Est, 45 élèves étaient inscrits en septième année d'enseignement secondaire

professionnel et 256 apprentis étaient inscrits à l'IAWM (institut pour la formation et la formation continue des indépendants et dans les PME) et auraient pu justifier une demande de bourse.

Toute demande doit être traitée au plus tard le 31 décembre de l'année d'introduction de la demande, de sorte à prévoir des délais suffisants aux fins du traitement des demandes par l'administration et de la décision d'octroi de la bourse par le Gouvernement. Le délai d'attente imposé au demandeur demeure par conséquent raisonnable.

Il convient de s'assurer que tout demandeur est conscient de l'obligation de remboursement de la bourse en cas de non-respect de son obligation de travailler en Communauté germanophone pendant une période de cinq années au cours des dix années suivant la validation de sa formation professionnelle. Une déclaration signée attestant la prise de connaissance de cette obligation par le demandeur doit donc être jointe à la première demande.

Article 5

Le présent article prévoit le versement de la bourse par tranches mensuelles de 350 euros. Ceci permet une intervention plus rapide en cas de non-respect des conditions, contribuant ainsi à éviter tout versement indu de bourses. Ceci permet par ailleurs au bénéficiaire de la bourse de suspendre en cours d'année la bourse qui lui a été octroyée, à sa demande.

Tout étudiant, apprenti ou élève inscrit en première année d'études ou de formation peut bénéficier de la bourse uniquement à partir du mois de septembre. La date de versement de la bourse est fonction de la date d'inscription ou de conclusion du contrat d'apprentissage. En cas d'inscription après le 1^{er} septembre, le droit à la bourse n'est ouvert qu'à partir du mois suivant.

Le versement de la bourse peut être effectué exclusivement sur un compte avec système de paiement SEPA ouvert au nom du bénéficiaire.

Article 6

L'article 6 précise que la bourse ne peut être octroyée qu'une seule fois par personne jusqu'à satisfaction de l'obligation de travailler en Communauté germanophone.

Il convient toutefois de prévoir la possibilité pour tout individu de se réorienter vers un autre cycle d'études, une autre septième année d'enseignement secondaire professionnel ou un autre apprentissage. Dans le cas où la nouvelle filière, le nouveau cycle d'études ou le nouvel apprentissage choisi prépare en outre à un métier en pénurie, ledit bénéficiaire conserve son droit à la bourse sans avoir à la rembourser. La somme perçue précédemment au titre de la bourse est déduite du montant de la nouvelle bourse accordée.

Article 7

L'article 7 reconnaît au Gouvernement le droit de suspendre les paiements en cas de non-respect par le bénéficiaire de la bourse d'une ou plusieurs obligations ou de non-respect des conditions fixées par le décret.

Le bénéficiaire peut faire appel de cette décision sans effet suspensif. Un délai de 30 jours lui est accordé à cet effet.

Après réception du recours, le Gouvernement dispose d'un délai de 60 jours pour statuer définitivement sur la poursuite de l'octroi de la bourse ou sur son retrait définitif et son éventuel remboursement.

Article 8

L'article 8 définit les modalités de remboursement et de renonciation. L'obligation de travail au sein de la Communauté germanophone pendant une certaine durée après validation des études ou de la formation permet de promouvoir de manière ciblée le recrutement de professionnels qualifiés.

Ledit article définit la notion de validation de formation. Une telle précision est nécessaire, car la profession d'aide-soignant est accessible après validation de la première année d'études dans l'enseignement secondaire professionnel complémentaire en soins infirmiers et du bachelier en sciences infirmières et de la santé. Il convient de ne pas qualifier d'interruption des études la fin des études d'un étudiant après validation de la première année et l'obtention de l'autorisation d'exercer la profession d'aide-soignant.

Il convient d'envisager différentes situations dans lesquelles l'obligation de travailler en Communauté germanophone après validation des études, de la septième année d'enseignement secondaire professionnel ou de la formation serait inconvenante, notamment en cas d'accident grave de l'apprenant. Le décret d'application doit donc prévoir des circonstances exceptionnelles.

L'alinéa 2 définit les modalités de justification du respect de l'obligation de travail au sein de la Communauté germanophone. La date limite correspond à la clôture de la procédure de contrôle. L'administration s'efforcera quant à elle, dans la mesure du possible, de mettre au point en interne des mécanismes permettant un suivi aussi rapide et efficace que possible du respect de l'obligation de travail en Communauté germanophone.

À défaut de production de justificatif, l'alinéa 3 prévoit que l'obligation est réputée non satisfaite et le Gouvernement engage la procédure de recouvrement.

L'objectif poursuivi est la garantie d'un travail effectif durant la période de cinq ans couverte par l'obligation de travail à mi-temps. L'alinéa 4 prévoit par conséquent que toute forme de réduction volontaire du temps de travail ou d'interruption totale des prestations est réputée exclue du calcul de la durée d'engagement. Tout individu interrompant son activité professionnelle pendant une période de trois mois au cours de l'exécution de l'obligation sera de ce fait tenu d'exercer cette profession durant trois mois supplémentaires. La période de dix ans prévue aux fins de l'exécution de l'obligation est en outre prolongée en conséquence.

Le Gouvernement se réserve le droit de définir d'autres motifs de prolongation.

Article 9

Le présent article prévoit que tout bénéficiaire ayant reçu tout ou partie de la bourse de manière illégale, notamment à la suite d'une fraude ou d'une falsification, est tenu de rembourser le montant de ladite bourse.

Dans le cas où il appert que les conditions définies à l'article 3 ne sont pas (ou plus) remplies, par exemple en cas d'interruption des études ou de la formation, le recouvrement des tranches déjà versées est exigé.

Article 10

Le présent article prévoit la possibilité d'introduction de demandes de recouvrement. À défaut de remboursement consécutif à ladite demande, le Gouvernement engagera des poursuites judiciaires.

Les modalités complémentaires seront fixées par le Gouvernement.

Article 11

Le présent article prévoit la renonciation au recouvrement en cas d'impossibilité technique, en cas de recouvrement estimé trop risqué ou trop coûteux, pour des motifs sociaux, en cas de décès ou de disparition du bénéficiaire, ou en cas de versement indu résultant d'une erreur du Gouvernement.

Article 12

En vertu de l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, celle-ci peut confier le recouvrement des créances non fiscales constatées et non contestées à l'administration du Service public fédéral Finances, chargée de la perception et du recouvrement des créances non fiscales.

Les articles 10 et 11 ne sont en l'espèce pas applicables.

Article 13

Le présent article prévoit un délai de prescription de dix ans pour tout recouvrement par le Gouvernement de tout ou partie de la somme indûment versée au titre de la bourse d'études.

Article 14

Sauf dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement et tout autre intervenant aux fins de l'exécution du présent avant-projet de décret et de ses dispositions d'application sont tenus de respecter la confidentialité des informations qui leur sont confiées dans l'exercice de leurs missions.

Article 15

Le présent article donne pouvoir au Gouvernement de traiter toute donnée à caractère personnel collectée lors de l'exécution des missions définies aux termes du présent avant-projet de décret. Le présent article précise que le Gouvernement est responsable du traitement au sens du RGPD en matière de traitement de données à caractère personnel. Le traitement des données est effectué dans le respect dudit RGPD.

Article 16

Il incombe au rédacteur du décret, à défaut de procéder à une description détaillée des données à collecter et à traiter, de mentionner au minimum les catégories de données que le Gouvernement traitera ultérieurement. Il s'agit d'établir un fondement transparent et prévisible aux fins du traitement desdites catégories de données.

L'alinéa 2 prévoit que le Gouvernement se réserve le droit d'exploiter des données anonymisées ou, le cas échéant, pseudonymisées, au titre du présent décret, aux fins de la réalisation d'analyses et de statistiques.

Article 17

Le présent article fixe le délai de traitement des données collectées.

Article 18

Le présent article prévoit la fixation par le Gouvernement, le cas échéant, des mesures de sécurité nécessaires aux fins du traitement des données à caractère personnel.

Article 19

Les articles 19 à 21 prévoient les dispositions pénales sanctionnant tout acte frauduleux commis aux fins de l'obtention d'une bourse d'études.

Le présent article fixe les sanctions en cas de falsification ou d'usage de faux documents.

Article 20

Le présent article fixe des sanctions identiques à celles prévues à l'article précédent en cas de déclarations inexactes ou incomplètes.

Article 21

Le présent article fixe des sanctions identiques en cas de fraude.

Article 22

Le présent article confère au Gouvernement la possibilité de confier la gestion du système d'octroi de bourses à un prestataire de services externe. Les entreprises et autres acteurs des Cantons de l'Est tels que les établissements d'enseignement se verraient ainsi accorder une possibilité de participation à la gestion de la pénurie de personnel qualifié.

Le ministère de la Communauté germanophone a par ailleurs annoncé une suspension du recrutement en septembre 2022. La possibilité d'une externalisation est envisagée aux fins de garantir la gestion du système d'octroi de bourses.

Article 23

Le présent article prévoit un régime transitoire au bénéfice de tout individu ayant, à la date d'entrée en vigueur du présent décret, déjà débuté des études de bachelier, une passerelle Plus, des études sanctionnées par un diplôme ou un apprentissage des Classes moyennes en Communauté germanophone et se trouvant au moins en deuxième année d'apprentissage ou d'études. En cas de demande de bourse, ce dernier s'engage à travailler en Communauté germanophone non pas pendant cinq ans, mais pendant trois ans.

Article 24

Conformément à l'article 2 du décret du 6 juin 1988 relatif à l'octroi de subsides et de bourses pour des cours et des études de perfectionnement ainsi que pour des projets de recherche scientifique, les enseignants et les titulaires d'un diplôme d'enseignement peuvent bénéficier d'un subside d'un montant pouvant atteindre 247,89 EUR au titre de cours de perfectionnement technique, pédagogique et linguistique. Conformément à l'article 3 du même décret du 6 juin 1988, les titulaires d'un diplôme de bachelier ou de master peuvent bénéficier d'une bourse d'un montant pouvant atteindre 743,68 EUR au titre des formations continues scientifiques, pédagogiques, techniques et linguistiques. Priorité est donnée aux demandes dont la Communauté germanophone est susceptible de bénéficier,

notamment en termes d'enseignement et de formation.

Dans le contexte de l'introduction du nouveau système d'octroi de bourses destiné à combler la pénurie de personnel qualifié et en raison des nombreux développements enregistrés en Communauté germanophone depuis l'introduction des bourses susmentionnées en 1988, le Gouvernement propose la suppression de ces dernières.

Tout individu n'étant pas employé dans le secteur public peut bénéficier d'autres mesures d'aide à la formation continue pour de nombreuses formations, telles que le subventionnement BRAWO, les Congés éducation payés ou les subventions accordées par l'Office de l'emploi. En outre, de nombreuses formations continues organisées par le Centre de formation ZAWM en Communauté germanophone sont déjà subventionnées par cette dernière aux fins de proposer une offre de formation continue à la fois abordable et de qualité à destination des Classes moyennes.

Les formations proposées aux enseignants ont fortement évolué depuis l'introduction du système de subventions en 1988, notamment avec la création de la haute école autonome des Cantons de l'Est en 2005 et l'introduction de la Weiterbildungskommission (Commission pour la formation continue) : le personnel enseignant peut désormais bénéficier d'une offre de formation continue diversifiée et souvent gratuite en Communauté germanophone et au-delà, notamment auprès de l'Institut de Formation en Cours de Carrière (IFC) de la Communauté française.

En cas de besoin, les fonds à finalité pédagogique alloués aux écoles ou organismes responsables en application du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers à des fins pédagogiques dans l'enseignement peuvent être affectés à des « formations continues ayant pour objet : a) de promouvoir le développement personnel et professionnel du membre du personnel ; b) de garantir la qualité de l'offre en matière d'enseignement ; c) de développer la connaissance de l'environnement social et sociétal de l'école ; d) d'actualiser ou d'élargir les connaissances spécifiques à la branche ; e) de promouvoir les compétences et les capacités pédagogiques ; f) de s'initier à de nouvelles formes et méthodes d'enseignement ainsi qu'à des ressources didactiques actuelles ; g) d'étendre des capacités dans le domaine des relations humaines » (voir article 3, 2° du même décret du 16 décembre 2002).

Dans ce contexte, le Gouvernement suggère la suppression des subventions susmentionnées aux fins de l'utilisation optimale des ressources existantes.

Article 25

La présente disposition prévoit l'entrée en vigueur du décret au 1^{er} juillet 2023. Les demandes de bourses pourront être introduites à partir de la date susmentionnée.

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche Scientifique
L. KLINKENBERG

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret portant création d'un fonds relatif aux bourses à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie

CHAPITRE 1^{ER} – DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1^{er} – Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° bourse : un prêt sans intérêt accordé, à usage général, aux étudiants, apprentis et élèves remplissant les conditions fixées à l'article 3 ;

2° métiers en pénurie : les métiers figurant sur la liste des métiers pour lesquels une pénurie de personnel qualifié peut être identifiée, au sens de l'article 9, alinéa 1^{er}, 20° de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers et de l'article 28, § 3, alinéa 1^{er}, 5°, a) et c), de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi ;

3° cycle d'études : les formations initiales mentionnées à l'article 2.6 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome ;

4° étudiant : une personne régulièrement inscrite dans un cycle d'études et n'étant plus soumise à l'obligation scolaire telle que définie à l'article 1^{er} de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire ;

5° apprentissage : une formation au sens de l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME ;

6° apprenti : une personne ayant conclu un contrat d'apprentissage tel que défini à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME et n'étant plus soumise à l'obligation scolaire telle que définie à l'article 1^{er} de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire ;

7° élève : une personne régulièrement inscrite en septième année d'enseignement secondaire professionnel dans un établissement d'enseignement secondaire de la Communauté germanophone, conformément à l'article 18, § 1^{er} du décret du 29 juin 1984 portant organisation de l'enseignement secondaire, et n'étant plus soumise à l'obligation scolaire telle que définie à l'article 1^{er} de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire ;

8° Règlement général sur la protection des données : le Règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

CHAPITRE 2 – CRÉATION DU FONDS

Art. 2 – § 1^{er} – Il est créé un Fonds relatif aux bourses à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie.

Le Fonds correspond à un fonds budgétaire tel que défini à l'article 56 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

§ 2 – Les recettes du Fonds se composent comme suit :

1° part de la dotation globale prévue au budget des recettes de la Communauté germanophone comme recettes affectées en vue de l'exercice des missions du Fonds ;

2° recettes issues de remboursements ou de demandes de recouvrement telles que définies au chapitre 6 ;

3° recettes issues de donations ou de legs.

§ 3 – Les dépenses effectuées au titre du Fonds comprennent le versement de bourses personnelles et incessibles.

CHAPITRE 3 – CONDITIONS ET PROCÉDURE DE DEMANDE

Art. 3 – Aux fins d'introduire une demande de bourse, tout demandeur doit remplir les conditions suivantes :

1° Être citoyen d'un État membre de l'Union européenne, d'un autre État partie à l'accord sur l'Espace économique européen, de la Suisse ou du Royaume-Uni, ou remplir au moins les conditions suivantes :

a) être titulaire d'une autorisation de séjour ou du statut de résident de longue durée tels que définis aux dispositions de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers ;

b) avoir le statut de réfugié, d'apatride ou le statut conféré par la protection subsidiaire tels que définis aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980 ;

c) bénéficier d'un droit de séjour de plus de trois mois en Belgique au sens des dispositions de la même loi du 15 décembre 1980 et y exercer une activité professionnelle réelle et effective ou y percevoir un revenu de remplacement ;

d) être titulaire du titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980 ;

e) être titulaire d'une autorisation de séjour délivrée en application de l'article 61/7 de la même loi du 15 décembre 1980.

2° Être soit régulièrement inscrit dans un cycle d'études préparant à un métier en pénurie dans un établissement d'enseignement supérieur organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, soit apprenti en vue d'exercer un emploi dans un métier en pénurie en région de langue allemande, soit régulièrement inscrit en septième année de l'enseignement secondaire professionnel dans un établissement d'enseignement secondaire de la Communauté germanophone dans une section menant à l'exercice d'un métier en pénurie en région de langue allemande. Sont exclus les élèves libres effectuant un apprentissage ou un stage volontaire de maîtrise et employés par contrat de travail, ainsi que les élèves libres issus de l'enseignement supérieur et de l'enseignement secondaire ordinaire.

3° Ne pas avoir dépassé de plus d'un an la durée normale des études ou la durée normale du contrat d'apprentissage.

Sur base de la liste des métiers en pénurie, le Gouvernement établit chaque année, au plus tard le 30 juin, une liste des cycles d'études, programmes d'apprentissage et de stage volontaires de maîtrise ainsi que des orientations de l'enseignement secondaire ordinaire préparant à l'exercice d'un métier en pénurie et satisfaisant donc au critère mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2°.

Lorsque les conditions prévues à l'alinéa 1^{er} sont satisfaites et qu'une bourse est accordée pour une durée d'un an, le critère mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2°, est réputé satisfait jusqu'à la fin de la période d'études ou de formation en dépit de la suppression éventuelle du cycle d'études, du programme d'apprentissage et de stage volontaire de maîtrise ou de l'orientation de l'enseignement secondaire ordinaire de la liste visée à l'alinéa 2 au cours d'une année ultérieure.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres conditions.

Art. 4 – Aux fins d'obtention d'une bourse, les candidats, le cas échéant avec l'accord de leurs personnes chargées de l'éducation, introduisent chaque année une demande auprès du Gouvernement entre le 1^{er} juillet et le 15 novembre. La demande comporte les pièces justificatives attestant le respect des dispositions fixées à l'article 3.

En cas de première demande, celle-ci comporte une déclaration signée par le candidat et prévoyant le remboursement de la bourse en cas de non-respect de la disposition mentionnée à l'article 8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, sans préjudice des cas mentionnés à l'article 11.

Le Gouvernement décide de l'octroi de la bourse au plus tard le 31 décembre. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est réputée rejetée.

Le Gouvernement détermine les autres modalités relatives à :

- 1° la forme et le contenu de la demande ;
- 2° la procédure de demande.

CHAPITRE 4 – DROIT ET LIQUIDATION

Art. 5 – § 1^{er} - La bourse est liquidée par tranches mensuelles de 350 euros.

Le Gouvernement peut adapter chaque année le montant visé à l'alinéa 1^{er} en fonction de l'évolution de l'indice des prix à la consommation.

Le Gouvernement peut multiplier le montant visé à l'alinéa 1^{er} par un coefficient en vue de l'adapter aux crédits budgétaires disponibles.

§ 2 – Tout étudiant en première année et élève satisfaisant aux conditions fixées à l'article 3 peut prétendre à l'obtention d'une bourse à compter du mois de septembre de l'année en cours. Tout étudiant et élève inscrit après le 1^{er} septembre peut bénéficier d'une bourse à partir du mois suivant celui de son inscription.

Tout apprenti en première année satisfaisant aux conditions fixées à l'article 3 peut prétendre à l'obtention d'une bourse au plus tôt à compter du mois de septembre de l'année en cours. Tout apprenti ayant conclu un contrat d'apprentissage après le 1^{er} septembre peut bénéficier d'une bourse à partir du mois suivant celui de la conclusion du contrat.

§ 3 – Les sommes sont versées sur un compte du demandeur dont le numéro est indiqué en format SEPA.

Le compte mentionné à l'alinéa 1^{er} est un compte ouvert au nom du demandeur.

Le Gouvernement peut déterminer des modalités de versement différentes.

Art. 6 – § 1^{er} – Une personne sera de nouveau en droit de solliciter une bourse uniquement après satisfaction des conditions fixées à l'article 8, § 1^{er}.

§ 2 – Sans préjudice des dispositions fixées à l'article 9, les concernés peuvent changer de cycle d'études, de programme d'apprentissage et de stage volontaire de maîtrise ou d'orientation de l'enseignement secondaire ordinaire, conformément l'article 3, alinéa 1^{er}, 2°, tout en conservant leur droit à une bourse. La durée de perception de la bourse avant réorientation est déduite de la durée maximale de perception possible telle que définie à l'article 3, alinéa 1^{er}, 3°.

Le Gouvernement détermine les modalités complémentaires.

CHAPITRE 5 – SUSPENSION ET RECOURS

Art. 7 – § 1^{er} - Le Gouvernement suspend tout versement en cas de constatation de non-respect par le bénéficiaire d'une ou plusieurs dispositions du présent décret ou de ses arrêtés d'exécution.

La suspension de versement ne s'applique pas aux apprentis rompant leur contrat d'apprentissage en cours d'année et concluant, dans un délai de six semaines, un nouveau contrat d'apprentissage menant à l'exercice d'un métier en pénurie.

§ 2 – Le Gouvernement notifie la suspension au bénéficiaire par courrier recommandé et motive sa décision.

§ 3 – Le bénéficiaire peut introduire un recours contre la décision de suspension auprès du Gouvernement dans les 30 jours à compter de la date d'envoi du courrier recommandé. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

Le bénéficiaire adresse le recours motivé au Gouvernement en y joignant toute pièce utile, par courrier recommandé ou contre accusé de réception.

Sans préjudice du droit de recouvrement tel que défini à l'article 8, le Gouvernement décide à titre définitif, dans les 60 jours suivant la réception du recours, si les versements suspendus peuvent à nouveau être accordés ou s'il y est définitivement mis fin.

§ 4 – Le versement prend fin définitivement après dépassement du délai de 30 jours mentionné au § 3, alinéa 1^{er}. Le Gouvernement invite en ce cas le bénéficiaire, dans un délai qu'il fixe, à rembourser le montant total de la bourse.

Le Gouvernement peut déterminer les modalités complémentaires.

CHAPITRE 6 – RENONCIATION ET RECOUVREMENT

Art. 8 – § 1^{er} – Le Gouvernement renonce au remboursement du montant total de la bourse dans le cas où le bénéficiaire, au cours d'une période de dix ans après validation de ses études, de sa septième année d'enseignement secondaire professionnel ou de son apprentissage, exerce un emploi au moins à mi-temps pendant une période de cinq ans en région de langue allemande.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, un emploi à mi-temps d'au moins trois ans en région de langue allemande après validation de formation est réputé suffisant pour tout élève ayant bénéficié d'une bourse pendant une période maximale de deux ans.

Par « validation de formation », il faut entendre :

1° l'obtention d'un diplôme de bachelier au sens de l'article 2.6 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome ;

2° l'obtention d'un diplôme d'aide-soignant tel que défini à l'article 2, 1° c), de l'arrêté royal du 12 janvier 2006 fixant les modalités d'enregistrement comme aide-soignant

3° l'obtention d'un certificat d'apprentissage ou d'une attestation de stage tels que définis à l'article 32 de l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2018 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation initiale des Classes moyennes ;

4° l'obtention du certificat d'enseignement secondaire supérieur de l'enseignement secondaire technique de qualification tel que défini à l'article 25, § 2, 2°, de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, en combinaison avec le certificat de qualification de la septième année de l'enseignement secondaire professionnel tel que défini à l'article 26, § 1^{er}, 5°, du même arrêté royal du 29 juin 1984.

Dans des cas exceptionnels motivés, tels que déterminés par le Gouvernement, le bénéficiaire peut être dispensé de tout ou partie de l'obligation visée aux alinéas 1^{er} et 2.

§ 2 – Aux fins de bénéficier de la renonciation au remboursement visée au § 1^{er}, le bénéficiaire doit introduire auprès du Gouvernement les pièces justificatives permettant d'attester du respect de la condition visée au § 1^{er} au plus tard le 31 août de la dixième année suivant celle de l'octroi de la bourse.

Le Gouvernement détermine les autres modalités relatives :

- 1° à la forme et au contenu de la justification ;
- 2° aux pièces justificatives pouvant être fournies à titre de moyen de preuve.

§ 3 – Après dépassement du délai visé au § 2, le bénéficiaire est réputé ne pas avoir respecté la condition visée au § 1^{er}. Dans ce cas, le Gouvernement demande au bénéficiaire le remboursement du montant total de la bourse dans un délai qu'il fixe.

§ 4 – En cas d'interruption de carrière, de crédit-temps ou de congé thématique pour lesquels l'Office National de l'Emploi accorde une allocation d'interruption et pour lesquels le temps de travail est réduit à moins d'un mi-temps, la durée d'engagement de cinq ans visée au § 1^{er} et la période de dix ans au cours de laquelle ladite obligation doit être satisfaite sont prolongées proportionnellement.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres motifs de prolongation des délais visés au § 1^{er}.

Art. 9 – En cas de constatation d'un paiement indu, le Gouvernement procède au recouvrement des parts de la bourse déjà versées. La bourse est réputée indûment versée aux conditions suivantes :

- 1° les informations ayant permis l'obtention de la bourse se révèlent frauduleuses ou inexactes ;
- 2° le bénéficiaire a bénéficié de la bourse bien qu'il ne satisfasse pas ou plus aux conditions mentionnées à l'article 3 ;
- 3° en cas d'interruption par le bénéficiaire de son cycle d'études, de son apprentissage, de son volontariat de maîtrise ou de sa septième année dans l'enseignement secondaire professionnel, sans préjudice des dispositions fixées aux articles 6, § 2, et 8, § 1^{er}.

Le défaut de remboursement du montant total de la bourse dans le cas visé à l'article 8, § 3, est assimilé à un versement indu de la bourse au sens des modalités de remboursement fixées aux articles 10 à 13.

Art. 10 – Le Gouvernement exige du bénéficiaire le remboursement des sommes indûment versées. À défaut de remboursement, le Gouvernement intente une action en justice à l'encontre du bénéficiaire aux fins de recouvrement des sommes versées.

Le Gouvernement détermine :

- 1° les modalités de demande de remboursement ;
- 2° les modalités et les délais relatifs à toute action en justice.

Art. 11 – § 1er - Lorsque le recouvrement des sommes indues s'avère impossible techniquement, le Gouvernement peut, dans les cas qu'il détermine, déclarer irrécouvrables les montants à récupérer.

§ 2 - Lorsque les frais de recouvrement des sommes indues sont supérieurs au montant des sommes à recouvrer, le Gouvernement peut, dans les limites fixées par lui, renoncer à toute poursuite en vue de la perception de ces sommes soit par voie judiciaire, soit par voie d'exécution forcée, et déclarer irrécouvrables les montants à récupérer.

§ 3 - Pour des raisons sociales, le Gouvernement peut déclarer irrécouvrables, en tout ou partie, les sommes à rembourser, si :

- 1° le demandeur introduit une demande de renonciation au recouvrement ;
- 2° le montant indu ne résulte pas d'une fraude, d'un dol, de manœuvres frauduleuses ou d'un manquement dans le chef du demandeur.

Le Gouvernement détermine la procédure et les modalités en ce qui concerne la renonciation au recouvrement pour raisons sociales.

§ 4 - Sauf en cas de fraude, de dol ou de manœuvres frauduleuses, les montants à récupérer sont déclarés d'office irrécouvrables si la personne à laquelle ils ont été payés est décédée ou a été déclarée absente et que le recouvrement ne lui avait pas encore été notifié au moment de son décès.

§ 5 - Le Gouvernement ne recouvre pas des montants indument liquidés si la liquidation résulte d'une erreur du Gouvernement.

Art. 12 – Les sommes à recouvrer peuvent l'être conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Dans ce cas, les articles 10 et 11 ne sont pas applicables.

Art. 13 – Les bourses d'études indument versées ne peuvent plus être recouvrées au terme d'un délai de dix ans à compter du premier jour du mois auquel se rapporte la liquidation indue.

Sans préjudice des causes prévues par le Code civil, le délai de prescription est interrompu par le recouvrement des paiements indus notifié au débiteur par lettre recommandée.

CHAPITRE 7 – CONFIDENTIALITÉ ET PROTECTION DES DONNÉES

Art. 14 – Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement et toute autre personne intervenant dans l'exécution du présent décret et de ses arrêtés d'exécution doivent traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 15 – Le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 16, au sens du Règlement général sur la protection des données. Pour leur traitement, le Gouvernement est réputé responsable au sens de l'article 4, 7., du Règlement général sur la protection des données.

Le Gouvernement traite les données à caractère personnel en vue de l'exécution des missions mentionnées aux chapitres 3, 4, 5 et 6. Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Art. 16 – § 1^{er} – Pour exécuter ses missions telles que définies aux chapitres 3, 4, 5 et 6, le Gouvernement peut traiter des données à caractère personnel relatives au bénéficiaire des catégories suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité et aux coordonnées ;
- 2° le numéro d'identification et le numéro de registre national mentionnés à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque carrefour de la sécurité sociale
- 3° les données relatives aux diplômes et aux formations ;
- 4° les données relatives à la profession ;

5° les données bancaires ;

Le Gouvernement peut préciser les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 – Par principe, le Gouvernement recourt de préférence au traitement de données anonymes pour l'établissement d'analyses et de statistiques relatives à l'exécution de ses missions telles que définies aux termes du présent décret.

En cas d'impossibilité d'établir des analyses et statistiques de manière exhaustive à partir des données anonymes mentionnées à l'alinéa 1^{er}, il peut être fait usage de données pseudonymisées.

Aux fins de l'application de l'alinéa 2, le Gouvernement précise dans la Politique de traitement des données personnelles les motifs justifiant une impossibilité de traitement de données anonymes pour de l'établissement des analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Art. 17 – Sans préjudice d'autres dispositions législatives, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, une durée de conservation plus longue, les données visées à l'article 16 sont conservées comme suit :

1° pour tout bénéficiaire ne s'étant jamais réellement eu droit au versement de la bourse, pendant une période de cinq ans à compter de la fin du mois au cours duquel la demande de bourse a été introduite ;

2° pour tout bénéficiaire s'étant vu octroyer le droit au versement de la bourse, pendant une période de cinq ans à compter du dépôt par celui-ci des pièces justificatives, conformément à l'article 8, § 2 ;

3° pour tout bénéficiaire faisant l'objet d'une procédure administrative ou judiciaire, pendant une période de cinq ans à compter de la fin du mois au cours duquel la procédure a pris fin.

Art. 18 – Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurités nécessaires au traitement des données à caractère personnel, tel que prévu par le présent chapitre.

CHAPITRE 8 – DISPOSITIONS PÉNALES

Art. 19 – Est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement, quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, ou de conserver ou de faire conserver une bourse indue :

1° a commis un faux en écriture, soit par fausses signatures, soit par contrefaçon ou altération d'écritures ou de signatures, soit par fabrication de conventions, dispositions, obligations ou décharges ou, selon le cas, par leur insertion dans un acte, soit par addition ou altération de clauses, de déclarations ou de faits que cet acte avait pour objet de recevoir ou de constater ;

2° a fait usage d'un acte faux ou d'une pièce fausse ;

3° a commis un faux, en introduisant dans un système informatique, en modifiant ou en effaçant des données, qui sont stockées, traitées ou transmises par un système informatique, ou en modifiant par tout moyen technologique l'utilisation possible de données dans un système informatique, et par là, a modifié la portée juridique de telles données ;

4° a fait usage des données ainsi obtenues, tout en sachant que celles-ci étaient fausses.

Art. 20 – Est puni conformément à l'article 19 quiconque a sciemment et volontairement :

1° fait une déclaration inexacte ou incomplète pour obtenir ou faire obtenir, ou pour conserver ou faire conserver une bourse indue ;

2° omis ou refusé de faire une déclaration à laquelle il est tenu ou de fournir les informations qu'il est tenu de donner pour obtenir ou faire obtenir, ou pour conserver ou faire conserver une bourse indue ;

3° reçu une prestation à laquelle il n'a pas droit ou n'a que partiellement droit à la suite d'une déclaration mentionnée au 1°, de l'omission ou du refus de faire une déclaration ou de fournir des informations visées au 2°, ou d'un acte visé à l'article 19.

Art. 21 – Est puni conformément à l'article 19 quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, ou de conserver ou de faire conserver un paiement d'une bourse indu, a fait usage de faux noms, de faux titres ou de fausses adresses, ou a recouru à toute manœuvre frauduleuse pour faire croire à tout autre évènement fictif ou pour abuser d'une autre manière de la confiance.

CHAPITRE 8 – DISPOSITIONS FINALES

Art. 22 – Le Gouvernement peut faire appel à un prestataire de services externe aux fins d'attribution des bourses.

Art. 23 – Pour tout intéressé sollicitant une bourse et déjà inscrit, au cours de l'année académique ou de l'année de formation 2023-2024, au moins en deuxième année d'études ou d'apprentissage au sens de l'article 3, alinéa 1^{er}, 2°, la durée de l'obligation mentionnée à l'article 8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est réduit à trois ans.

Art. 24 – Les articles 2 et 3 du décret du 6 juin 1988 relatif à l'octroi de subsides et de bourses au titre de cours et d'études de formation continue et de projets de recherche scientifique, modifiés en dernier lieu par le décret du 26 juin 2006, sont abrogés.

Art. 25 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} juillet 2023.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche Scientifique
L. KLINKENBERG